

**INSM-Pressekonferenz mit Prof. Friedrich Schneider am 8.3.2007
in Berlin zum 50. Jahrestag des Schwarzarbeits-Gesetzes**

Zentrale Ergebnisse

1. Erste, repräsentative TNS-Emnid-Umfrage zu Schwarzarbeit nach der MwSt-Erhöhung

Die Zahl der Schwarzarbeiter hat sich von 9,6 Prozent 2004 auf über 20 Prozent mehr als verdoppelt. Allerdings ist die Zahl der „schwarz“ gearbeiteten Stunden von siebeneinhalb auf 6 Stunden 25 Minuten gesunken. Der durchschnittliche Stundenlohn liegt bei ca. 10 Euro. Die umgerechnet 13 Millionen nebenberuflichen Schwarzarbeiter haben, wenn deren Leistung auf den Wert offizieller Löhne hochgerechnet wird, rund 135 bis 158 Milliarden Euro erwirtschaftet. **Dies entspricht 6 bis 7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts oder rein rechnerisch einem Jobpotenzial von 2,4 bis 2,8 Millionen Vollzeitarbeitsplätzen.**

Knapp ein Drittel aller Befragten hat im letzten Jahr Arbeiten „ohne Rechnung“ an der Steuer vorbei ausführen lassen. Wie allgegenwärtig die Schwarzarbeit empfunden wird, zeigen auch die folgenden Einschätzungen. Drei Viertel aller Befragten glauben, dass ihre Nachbarn Arbeiten ohne Rechnung vergeben. 14 Prozent sind sogar der Ansicht, dass jeder schon mal „schwarz“ hat arbeiten lassen.

26 Prozent der Befragten sehen Schwarzarbeit nach wie vor als ein „Kavaliersdelikt“ an. Obgleich die Kontrolle und Verfolgung der Schwarzarbeit deutlich intensiver geworden ist, schätzen immer mehr Menschen die Wahrscheinlichkeit, erwischt zu werden, als gering ein. Etwa 21 Prozent sind der Meinung, dass sich Schwarzarbeiter keine großen Sorgen vor einer möglichen Entdeckung und damit Bestrafung machen müssen. Im Jahr 2004 sahen dies nur knapp 15 Prozent so. Auch vor den Mitbürgern müssen sich die Schwarzarbeiter nicht fürchten: Nur 3,6 Prozent würden laut der repräsentativen Emnid-Umfrage für die INSM, in der insgesamt 1.018 Personen befragt wurden, eine Anzeige vornehmen.

Als eine wichtige Ursache für die Schwarzarbeit gilt die Höhe von Steuern und Abgaben. Je weniger vom Bruttolohn in der eigenen Tasche verbleibt, desto größer ist der Anreiz, die Arbeit an der Steuer vorbei auszuführen. Dies bestätigt auch die aktuelle Umfrage: **Mehr als 50 Prozent sehen in hohen Steuern und Abgaben besondere Gründe für die Schwarzarbeit. Dies gilt auch für die aktuelle Mehrwertsteuererhöhung zum 1.1.2007 auf 19 Prozent. Mehr als die Hälfte der Befragten befürchtet dadurch eine Zunahme der Schwarzarbeit,** selbst wenn andere Maßnahmen wie die Senkung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung von 6,5 auf 4,2 Prozent Entlastungen bringen.

Weitere Ursachen sind die Steuermoral und der Umfang gesetzlicher Regulierungen. Die Steuermoral ist seit 1999 in Deutschland gesunken: Während „Steuersünder“ seinerzeit noch für etwa 30 Prozent als „Betrüger“ galten, so sehen das heutzutage nur noch 22 Prozent so. Regulierungen, die den Unternehmen und Beschäftigten Vorschriften und viele bürokratische Lasten aufbürden, werden von 15 Prozent der Deutschen als wichtigste Ursache für Schwarzarbeit angesehen.

2. INSM-Studie „Regulierung & Schwarzarbeit“ (ausführendes Institut: IW Köln)

2.200 Gesetze und 46.800 Einzelvorschriften existieren in Deutschland allein auf Bundesebene. Ein Rückbau dieses Regelungskonvoluts könnte direkte Auswirkungen auf den Schwarzarbeitssektor haben. Neben der Steuer- und Abgabenlast, deren Wirkung für die Entwicklung der Schattenwirtschaft in vielen Studien bewiesen wurde, konnte mit der vorliegenden von der INSM beauftragten Studie des IW Köln erstmals wissenschaftlich der Einfluss von Bürokratie nachgewiesen werden. Bisher fehlte dafür ein systematischer und umfassender Datenüberblick. Der Zusammenhang zwischen Regulierung und Schattenwirtschaft ist gemäß den vorliegenden Berechnungen auch bei Einbeziehung weiterer Faktoren wie Steuer- und Abgabenlast sehr stark. **Auf dieser Basis haben die Ökonomen errechnet, dass bis zu 500.000 Arbeitsplätze legalisiert werden könnten, wenn die Regulierungsdichte auf das angelsächsische Niveau abgesenkt würde.**

Die INSM-Studie wurde auf Grundlage des IW-Regulierungsindex¹ erstellt. Ermittelt wurde der Zusammenhang zwischen dem Regulierungsniveau in einem Land und der geschätzten Größe der Schattenwirtschaft für dieses Land. Danach lassen Regulierung und Bürokratie die Schattenwirtschaft ansteigen. Es wurde deutlich, dass in den Ländern, in denen die gesamtwirtschaftliche Regulierung höher ist, auch das Ausmaß der Schattenwirtschaft höher ist. Negative Ausreißer sind hier Italien, Griechenland und Polen. Auf jeweils gute Werte dagegen können die angelsächsischen Länder Australien, Kanada, Neuseeland, USA und Großbritannien blicken. Deutschland reiht sich hier in die Gruppe der Staaten mit hoher Regulierungsdichte und Schattenwirtschaft ein. Eingeflossen sind die entsprechenden Werte aus 25 OECD-Staaten.

Aus weiteren Studien und Umfragen ist bekannt, dass das Ausmaß von Schattenwirtschaft zu etwa 55 Prozent durch die Höhe von Steuern und Abgaben zu erklären ist. **Jedoch immerhin 25 Prozent werden durch Regulierung beeinflusst. Die Experten gehen davon aus, dass sich ein Wertschöpfungseffekt von 8 bis 20 Mrd. Euro pro Jahr in Deutschland realisieren ließe, wenn man die Regulierung auf das durchschnittliche Niveau der OECD-Staaten absenken würde.** Dies entspricht 100.000 bis 250.000 legalen Arbeitsplätzen. Würde man das Niveau sogar auf den Wert der angelsächsischen Länder bringen, brächte das ein so genanntes Legalisierungspotenzial von 200.000 bis 500.000 Jobs oder 16 bis 40 Mrd. Euro.

3. Schattenwirtschafts-Prognose von Prof. Friedrich Schneider für 2007

Erstmals seit dem Jahr 2003 wird die Schattenwirtschaft in Deutschland 2007 wieder steigen – allerdings deutlich langsamer als die offizielle Wirtschaft.

Das Volumen wird auf 349 Mrd. Euro geschätzt und liegt damit um ein Prozent über dem Vorjahres-Niveau. Die Relation der Schattenwirtschaft zum Bruttoinlandsprodukt ist allerdings mit 14,7 Prozent so gering wie seit 1997 nicht mehr.

Ein wesentlicher Grund für den prognostizierten Anstieg des Volumens der Schattenwirtschaft 2007 ist die Erhöhung der Mehrwertsteuer um drei Prozentpunkte von 16 auf 19 Prozent. Dies erhöht die Schattenwirtschaft um etwa 3,8 Mrd. Euro, die Anhebung der pauschalen Versicherungsverträge bei den gewerblichen Minijobs um weitere 2 Mrd.

Laut der Prognose werden rund 38 Prozent des schattenwirtschaftlichen Volumens im Baugewerbe und im Handwerk erwirtschaftet. Andere Gewerbe und Industriebetriebe (Kfz, Maschinen) sowie das Hotel- und Gaststättengewerbe steuern je 17 Prozent bei.

Deutschland liegt mit 14,7 Prozent Schwarzarbeit, gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP), im Mittelfeld der OECD-Länder. Zu den positiven Schlusslichtern zählen Österreich (9,4 Prozent), die Schweiz (8,2 Prozent), Japan (9,0 Prozent) und die USA (7,2 Prozent). Negative Spitzenreiter dagegen sind Griechenland (25,1 Prozent) und Italien (22,3 Prozent).

4. Zu 50 Jahre „Gesetz zur Bekämpfung der Schwarzarbeit“

Innerhalb der letzten fünfzig Jahre hat sich die Bedeutung der Schwarzarbeit erheblich gewandelt. Während zu Zeiten der Gesetzeseinführung im Jahre 1957 die Schwarzarbeit mit einer Strafe von umgerechnet 5.000 Euro geahndet wurde, galt sie später, zu Zeiten des Wirtschaftswunders Ende der 1960er Jahre, als Kavaliersdelikt, das keine Strafen nach sich zog. Seit Beginn des neuen Jahrtausends stellt zum Beispiel die illegale Ausländerbeschäftigung hingegen einen Straftatbestand dar, der mit bis zu 500.000 Euro oder sogar mit einer Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren geahndet werden kann. **Trotz der kontinuierlichen Strafverschärfung hat sich der Sektor der Schattenwirtschaft seit 1975 nahezu verdreifacht: Machte die Schattenwirtschaft 1975 noch einen Anteil von 5,75 Prozent des BIP aus, so liegen die Prognosen für 2007 bei 14,74 Prozent.** Aus diesem Grund fordern die beiden Ökonomen Friedrich Schneider und Dominik Enste neben Steuer- und Abgaben-Senkungen einen Abbau bürokratischer Hürden, statt einer stetigen Verschärfung der Strafen.

Kontakt: Ronald Voigt, (0221) 4981-418, voigt@insm.de
 Dominik Enste, (0221) 4981-730, enste@iwkoeln.de